

Inhaltsverzeichnis

Theo Thiemeyer - Leben, Werk und Wirkung von Peter Eichhorn und Werner Wilhelm Engelhardt	19
--	----

*Erstes Kapitel:
Marktwirtschaft, Sozialstaat, Umweltschutz
und öffentliche Wirtschaft*

Achim von Loesch Das Individual- und das Solidarprinzip als Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft	35
---	----

I. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit	35
II. Das Individualprinzip	36
III. Die Marktwirtschaft	39
IV. Das Brüderlichkeitsprinzip	41
V. Solidarität als Ordnungsprinzip	42
VI. Solidarität als Versicherungsprinzip	45
VII. Das »Regelkreissystem« Soziale Marktwirtschaft	46
VIII. Defizite bei Gleichheit und Gerechtigkeit	49

Wolf-Dieter Becker Erwägungen über das »Soziale« in der Sozialen Marktwirtschaft	53
---	----

I. Eine Vorbemerkung: »Marktwirtschaft« und »Sozial«	53
II. Ideologische Denkansätze	55
1. Ökonomismus und Neue Politische Ökonomie	55
2. Gemeinwohl und andere Leerformeln	57
3. Wettbewerbsprinzip und Subsidiaritätsprinzip	57

III.	Kritisch-rationaler Denkansatz	59
	1. Marktwirtschaft und Deutungssysteme	59
	2. Verabsolutierte Sozialpolitik	61
	3. Wettbewerb der Interpretationsmuster (öffentliches Interesse)	63
IV.	Egoismus und Angst	64

Helmut Brede

	Öffentliche und private Unternehmen im Wettbewerb und in wettbewerblichen Ausnahmebereichen	67
--	--	----

I.	Einleitung	67
II.	Thiemeyers Haltung zum Wettbewerb öffentlicher Unternehmen	68
	1. Kontroversen um die interne Subventionierung	69
	2. Deregulierungspolitik und Kontrolle	70
	3. Erzwungener Verzicht auf wettbewerbspolitische Regulierung	72
III.	Die wettbewerbspolitische Situation ausgewählter Gebiete der öffentlichen Wirtschaft	73
	1. Öffentlich-rechtliche Sparkassen	74
	2. Telekom	77
IV.	Schluß	80

Werner Wilhelm Engelhardt

	Zur Problematik der Selbsthilfegruppen im Gesundheitssystem der Bundesrepublik Deutschland	81
--	---	----

I.	Art und Umfang eines nichtprofessionellen Teilsystems der Gesundheits- und Sozialpolitik	81
II.	Einige systematische Gliederungen und ihre historische Dimension	83
III.	Funktionelle Aufgaben der Selbsthilfegruppen und zentrale lebensweltliche Aspekte	86
IV.	Sind die Selbsthilfegruppen gesundheitssystemkonform, stehen sie neben dem System oder sind sie gegen dasselbe gerichtet?	88

V.	Der private und zugleich öffentliche Charakter der Selbsthilfegruppen	89
VI.	Zu den Bezugsrahmenproblemen der Selbsthilfeaktivitäten und Selbsthilfeforschungen	93
VII.	Die Einbeziehung von Selbsthilfegruppen in die »korporative Koordination« und deren Beurteilung	95

Helmut Jenkis

Die Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes - eine wohnungspolitische Fehlentscheidung? 101

I.	Die gescheiterten Reformbestrebungen	102
	1. Die frühe Kritik	102
	2. Die Reformbestrebungen	103
II.	Gründe für die Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts	106
III.	Die politische Entscheidung	108
IV.	Stellungnahmen zur Aufhebungsdiskussion	110
V.	Die Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes - eine wohnungspolitische Fehlentscheidung?	111
	1. Die neo-liberale Position	112
	2. Die Position der sozialverpflichteten Marktwirtschaft	113
	3. Die »déformation professionnelle« zahlreicher Ökonomen	114

Werner Noll

Wirtschaftsförderung durch öffentliche Unternehmen 117

I.	Zum Verständnis von Wirtschaftsförderung	117
II.	Über die Notwendigkeit der Wirtschaftsförderung	120
	1. Die orthodoxe Begründung aus der Ökonomie	120
	2. Erweiterung der Begründung im politisch-gesellschaftlichen System	122
	3. Strukturpolitik im Kontext der Evolutionsökonomik	122
III.	Bestandsanalyse: die Beteiligungspolitik des Bundes	126
	1. Für den Bereich der alten Bundesländer	126
	2. Für den Bereich der neuen Bundesländer	129
	3. Fazit	131

Gerhard Himmelmann	
Öffentliche Unternehmen und die politische Regulierung in der Abfallwirtschaft	133
I. Hoheitliche und private Entsorgungspflicht	133
II. Politisch-gesetzliche Regulierung	135
III. Bedeutung der öffentlichen bzw. privaten Entsorgung	137
IV. Die Rolle der öffentlichen Unternehmen	138
V. Dominanz der »Regulierung«	139
VI. Fazit	141

Peter J. Tettinger	
Der Adressatenkreis des Abfallverwertungsgebotes	145
I. Aktuelle Fragestellungen	145
II. Entsorgungspflichtige Kommunen als Hauptadressaten	145
III. Besitzer von der kommunalen Entsorgung ausgeschlossener Abfälle	146
IV. Einbeziehung auch der sog. FremdentSORGER	147
V. Folgerungen	150
1. Abfallrechtliche Konsequenzen	150
2. Vorteile kooperativer Gestaltungsformen	152

Hans Hirsch	
Die Bedeutung des Einsatzes öffentlicher Unternehmungen bei den Transformationsprozessen in Osteuropa	155
I. Grundsätzliches zur Rolle des Staates im Transformationsprozeß	155
II. Aufgaben, die auch in Marktwirtschaften von öffentlichen Unternehmungen übernommen werden sollten, und ihre Besonderheiten im Transformationsfall	158
III. Besondere Aufgaben öffentlicher Unternehmungen in der Transformationsperiode	162
IV. Die Frage des Einsatzes öffentlicher Unternehmungen bei der Nutzung von Rohstoffvorkommen	169
V. Schlußwort	170

Peter Friedrich

Welfaretheoretische Kriterien für die Zuordnung von Treuhandvermögen	171
I. Problemstellung	171
II. Kriterien auf der Basis einer Wohlfahrtsfunktion für die Treuhandanstalt	173
1. Ziele und Aufgaben der Treuhandanstalt	173
2. Das Nutzwertkriterium auf der Basis der speziellen Wohlfahrtsfunktion der Treuhandanstalt	175
3. Kostenwirksamkeitsanalyse im Sinne der Ziele der Treuhandanstalt	176
III. Zuordnungskriterien auf der Basis von Nutzen-Kosten-Analysen sowie ökonomischer Vorstellungen zur Festlegung des Umfangs der Staatstätigkeit in der Föderation	176
1. Theorie der öffentlichen Güter	176
a) Nachfragedefinierte öffentliche Güter	176
b) Angebotsdefinierte öffentliche Güter	181
2. Entscheidungskriterien auf der Basis von Nutzen-Kosten-Analysen	184
3. Kriterien für Zuweisungen bei der Berücksichtigung von Gemeinden und föderalen Ebenen	188
IV. Situationsbezogene Entscheidungskriterien für die Treuhandanstalt	194

Zweites Kapitel:

*Trägerschaft, Auftrag, Führung
und Personalwirtschaft öffentlicher Unternehmen*

Gerold Ambrosius

Die historisch wirksamen Kräfte bei der Entwicklung öffentlicher Unternehmen: Deutschland im internationalen Vergleich	199
I. Vorbemerkungen	199
II. Historische Kräfte im allgemeinen	200
1. Dogmenhistorisch-theoretischer Zugriff: Historische Kräfte im Sinne ordnungspolitischer Grundpositionen und theoretischer Ansätze	200

2.	»Subjektiver« Zugriff: Historische Kräfte im Sinne spezifischer Motive der handelnden Akteure	204
3.	»Objektiver« Zugriff: Historische Kräfte im Sinne allgemeiner Entwicklungsdeterminanten	210
III.	Deutschland im internationalen Vergleich	212
1.	Wirtschaftliche Faktoren	212
2.	Ordnungspolitische Faktoren	213
3.	Staatsorganisatorische Faktoren	215
IV.	Zusammenfassende Ergebnisse	215

Wolf Gottschalk

	Kommunale Unternehmen als Instrumente der Selbstverwaltung	217
I.	Grundlagen kommunaler Unternehmen	217
II.	Öffentliche Aufgabenerfüllung durch kommunale Unternehmen	218
III.	Instrumentelle Wirkungen kommunaler Unternehmen	220
IV.	Steuerung kommunaler Unternehmen	223

Peter Eichhorn

	Herausforderungen für Führungskräfte in öffentlichen Unternehmen	227
I.	Kritik und Krise	227
II.	Entwicklungstendenzen	228
III.	Führungsanforderungen	233
IV.	Führungsqualifikation	239

*Drittes Kapitel:
Finanzwirtschaft, Rechnungslegung und Überwachung
öffentlicher Unternehmen*

Dietrich Budäus

Prozeßkostenrechnung in öffentlichen Unternehmen	247
I. Problemstellung und Gang der Untersuchung	247
II. Schwachstellen traditioneller Kostenrechnungssysteme für öffentliche Unternehmen	249
III. Grundlagen der Prozeßkostenrechnung	252
IV. Struktur der Prozeßkostenrechnung	253
V. Konsequenzen für öffentliche Unternehmen	256

Gebhard Zimmermann

Betriebs- und volkswirtschaftliche Kosten in der Kalkulation öffentlicher Unternehmen	259
I. Problemstellung	
II. Die Höhe der betriebswirtschaftlichen Kosten und die Sicherung der Unternehmung: Das Minimum an interner Finanzierung	259
1. Wettbewerbsüberlegungen und Bilanzierungsvorschriften als Ansatzpunkt für die Ableitung der für die Kalkulation anzusetzenden kalkulatorischen Kosten	261
2. Die Höhe der kalkulatorischen Kosten in den einzelnen Konzeptionen zum Schließen der inflatorischen Finanzierungslücke	262
a) Ansatzpunkte der Unternehmenserhaltungskonzeptionen	262
b) Die nicht notwendige Kreditaufnahme bei Bruttosubstanzerhaltung: Die Modellwelt ohne jeglichen Kapitalmarkt	263
c) Die Ableitung der kalkulatorischen Kosten aus dem Erfordernis der Kapitalstrukturbewahrung	264
aa) Der konzeptionelle Grundgedanke	264
bb) Nettosubstanzerhaltung und Kapitaldienst-Anuität	265

	3. Die Vereinbarkeit der gegensätzlichen Auffassungen über die Höhe der notwendigen betriebswirtschaftlichen Kosten	269
	4. Das Erfordernis des Ansatzes objektiv nachprüfbarer Werte bei öffentlichen Unternehmen	271
III.	Zur Integration volkswirtschaftlicher Kosten in die betriebliche Kostenrechnung öffentlicher Unternehmen	272
	1. Das Problem der Berücksichtigung externer Kosten in der betrieblichen Kostenrechnung	272
	2. Die Einbeziehung des Umweltschutzes in die Kostenrechnung öffentlicher Unternehmen	273
	a) Umweltschutzkostenrechnung für bereits internalisierte Umweltschutzkosten	274
	b) Ökologieorientierte Kostenrechnung zur Unterstützung einer passiven Umweltschutzpolitik öffentlicher Unternehmen	274
	c) Umweltschutzorientierte Kosten-Nutzen-Rechnung bei aktivem Umweltschutzkonzept öffentlicher Unternehmen	275

Hannes Rehm

	Aktuelle Probleme bei der Eigenfinanzierung öffentlicher Infrastruktur-Unternehmen	277
I.	Defizitäre öffentliche Haushalte	277
II.	Eigenfinanzierung als Finanzierungsform bei öffentlichen Unternehmen	282
III.	Eigenfinanzierung über verstärkten Einsatz privaten Eigenkapitals am Beispiel des öffentlichen Infrastrukturbereichs	283
	1. Beispiel: Kooperationsmodell im Entsorgungsbereich	284
	2. Beispiel: Finanzierung über gemischtwirtschaftliche Objektgesellschaften	287
	3. Beispiel: Beteiligungsfinanzierung	289
	4. Beispiel: Fonds-Finanzierung	290
IV.	Vielzahl von Infrastrukturinvestitionen durch gemischtwirtschaftliche Organisations- und Finanzierungsmodelle	292
V.	Schlußbetrachtung	295

Karl Oettle

Gemeinsame Spartenfinanzierung in Querverbundunternehmen - Zweckmäßige Alimentierungen oder marktwidrige Subventionierungen?	297
I. Der Querverbund als allgemeine betriebswirtschaftliche Erscheinung	297
II. Gemeinsame Zwecke privater und öffentlicher Querverbundunternehmen	298
III. Wesentliche Unterschiede zwischen privatem und öffentlichem Querverbund	300
IV. Erscheinungsformen der gemeinsamen Spartenfinanzierung in öffentlichen Querverbundunternehmen	300
V. Mischung marktlicher Rollen öffentlicher Angebote als eine nicht-querverbundsspezifische Erscheinung	302
VI. Zusammenhänge zwischen marktlichen Rollen öffentlicher Angebote und der Gewinnverwendung im Querverbund	303
VII. Argumente des Verdachts marktwidriger Subventionierung beim Gewinn- oder Verlustausgleich im öffentlichen Querverbund	304
VIII. Sinnvolle Alimentierungszwecke innerhalb der kommunalen Wirtschaft	305
IX. Gemeinsame Spartenfinanzierung bei Querverbundunternehmen im Hinblick auf das Eigentümergeeinwesen	307
X. Monopolbewirtschaftung als interessantes Feld für private Kapitalanleger	309

Erich Potthoff

Aufgabenorientierte Überwachung öffentlicher Unternehmen durch Aufsichtsräte	311
I. Vorbemerkung	311
II. Die Aktiengesellschaft als Träger öffentlicher Aufgaben	312
III. Die Rolle des Aufsichtsrats	314
1. Standort in der Unternehmensverfassung	314
2. Die Rolle der »Persönlichkeit«	315
3. Die Rolle des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds	316
IV. Informelle Beziehungen	316

V.	Gegenstand und Prozesse der Überwachung	317
1.	Organisation des Geschäftsführungsorgans	318
2.	Entscheidungen zur Erhaltung und Förderung der langfristigen Leistungsbereitschaft und zur betrieblichen Infrastruktur	320
3.	Prozesse der Überwachung	321
VI.	Überwachungsmaßstäbe	322
VII.	Schlußbemerkung: Zielkonflikte und Rechnungslegung	323

Heinz Bolsenkötter

	Finanzkontrolle und Wirtschaftsprüfung öffentlicher Unternehmen	325
I.	Im Spannungsfeld von Finanzkontrolle und wirtschaftlicher Betätigung in öffentlichen Unternehmen	325
II.	Finanzkontrolle öffentlicher Unternehmen	328
III.	Wirtschaftsprüfung	331
IV.	Wirtschaftsprüfung und andere Kontrollinstitutionen	333
V.	Schlußbemerkung	335

Viertes Kapitel:

Öffentliche Unternehmen im europäischen Binnenmarkt

Günter Püttner

	Privilegierung oder Diskriminierung öffentlicher Unternehmen im Europarecht	339
I.	Wettbewerb als Ordnungsprinzip der Gemeinschaft und die Ausnahme des Art. 90 Abs. 2 EWG-Vertrag	339
II.	Das Prinzip der Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen	341
III.	Zur Problematik der Gleichbehandlung im einzelnen	342
IV.	Die faktische Diskriminierung der öffentlichen Unternehmen	343
V.	Chancen für öffentliche Unternehmen	346
VI.	Perspektiven	347

Helmut Cox	
Öffentliche Unternehmen und Staatsbeteiligungen als Instrumente der Industriepolitik sowie strategischer Industrie- und Handelspolitik	349
I. Einleitung	349
II. »Industriepolitik« - Sammelbegriff für vieles Unterschiedliche	350
III. Industriepolitik im Falle von Marktversagen und Markt-mängeln	351
IV. Europäische Industriepolitik im Maastrichter Vertrag	356
V. Strategische Industrie- und Handelspolitik durch öffentliche Unternehmen aus der Sicht der marktwirtschaftlichen Theorie internationaler Wirtschaftsbeziehungen	357
VI. Strategische Industrie- und Handelspolitik aus der Sicht der neuen Außenhandelstheorie und die Rolle der öffentlichen Industrieunternehmen	359
VII. Möglichkeiten und Grenzen strategischer Industrie- und Handelspolitik	362
VIII. Internationale Wettbewerbsordnung als Alternative zur strategischen Industrie- und Handelspolitik?	365
IX. Defensive Industrie- und Handelspolitik als realpolitische Alternative und die Rolle öffentlicher Industrieunternehmen und Staatsbeteiligungen	366
X. Internationalisierungsstrategien durch multinationale Kooperationen als Alternative zu einer nationalen strategischen Industrie- und Handelspolitik	368
Theo Thiemeyer - Schriftenverzeichnis	369
Autorenverzeichnis	389